

Wehe, wenn Deutsche die Schweiz loben

Der Verfassungsschutz setzt in seinem AfD-Gutachten direkte Demokratie und Burkaverbot nach Schweizer Vorbild auf den Index. Auch die Republikflucht gen Süden missfällt ihm.

Darf man in Deutschland die Schweiz loben? Darf man einen politischen Systemvergleich anstellen? Darf man gewisse Dinge, die die Eidgenossenschaft anders macht als die Bundesrepublik, positiv erwähnen? Oder ist man dann ein Feind von Demokratie, Rechtsstaat, Menschenwürde? So absurd die Frage klingt, das Bundesamt für Verfassungsschutz ist offenbar der Ansicht, dass solche Vergleiche einen staatsgefährdenden Charakter haben. Im Gutachten gegen die AfD finden sich gleich mehrere Passagen mit Bezug zur Schweiz, die das nahelegen.

Die Schnüffler im Regierungsauftrag dokumentieren zum Beispiel folgende Aussage des nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten Christian Loose: «Das Tragen von Burka und Nikab in der Öffentlichkeit wollen wir auch in Deutschland untersagen – ähnlich wie in Frankreich, Österreich, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz. Das Verhüllungsverbot ist diesbezüglich durchzusetzen.» In der Schweiz gab es dazu 2021 eine Volksinitiative («Ja zum Verhüllungsverbot»), die mit 51,2 Prozent der Stimmen angenommen wurde.

«Bauchschmerzen» bei Abstimmungen

Verdächtig erscheint den Agenten des Inlandgeheimdienstes auch die Erwähnung der direkten Demokratie. Einen Eintrag in die Überwachungsakten schaffte so die brandenburgische Landtagsabgeordnete Lena Kotré mit dieser mündlich geäußerten Aussage: «Ja und ich hab immer ein bisschen Bauchschmerzen genau bei diesem Thema, mit der direkten Demokratie, die ja in der Schweiz wunderbar funktioniert, aber du kommst aus Nordrhein-Westfalen, und es gibt in Nordrhein-Westfalen Schulklassen, da ist nicht ein einziges Kind mehr wirklich deutsch, da haben wir eine Rieseneinwanderung aus dem muslimischen Kulturkreis, und da hab ich einfach die Sorge – bei uns in Brandenburg ist



Achtung, Republikflucht: AfD-Chefin Weidel.

das überhaupt kein Problem –, da habe ich zum Beispiel die Sorge: Was ist denn, wenn diejenigen einfach mal ein Gesetz initiieren: «Es darf kein Schweinefleisch mehr an Schulen geben», oder: «Lehrerinnen müssen verschleiert werden?»»

Ist das nun so gefährlich, weil die direkte Demokratie in der Schweiz so «wunderbar funktioniert»? Oder ist es gefährlich, weil die direkte Demokratie, würde sie in Deutschland eingeführt, auch «Bauchschmerzen» verursachen könnte? Das lässt der Verfassungsschutz offen.

Sicher ist: Was die Ausspäher der Opposition gar nicht goutieren, ist, wenn man in Deutschland die Tradition der Schweizer Demokratie lobt und es dabei noch wagt, die eigenen Überwacher zu kritisieren. Das ist nun in höchstem Grade gemeinwohlgefährdend! Wo kämen wir da hin, wenn die Bürger ihre Aufseher auch noch in Frage stellten. Man darf demnach in Deutschland nicht sagen, dass Extremismus, um diesen Tatbestand auch ernsthaft zu erfüllen, einen «Gewaltbezug» beinhalten müsse und es nicht ausreiche, eine vom Regierungskurs abweichende Meinung zu haben, wie sich das der rheinland-

pfälzische Abgeordnete Joachim Paul mit Blick auf die Schweiz erlaubte.

Spione verstehen keinen Spass

Über die «in der parlamentarischen oder in der kommunalpolitischen Arbeit eingebundenen» Mitglieder der inzwischen aufgelösten Jungen AfD sagte Paul, was ihm einen Eintrag beim Verfassungsschutz bescherte: «Sie stellen jeden Tag, jede Woche, jeden Monat Anträge und Anfragen, um das Leben der Bürger in ihrem Alltag zu verbessern. Warum sollten Extremisten sich diese Mühe und diese Arbeit machen? Auf diese Frage gibt es offenkundig keine Antwort. Wenn man hier, am Deutschen Eck, in Richtung Rhein schaut, an die Quelle des Rheins, dort gibt es eine Demokratie, die viel älter

ist als die Bundesrepublik: die Schweiz. Und in der Schweiz gibt es auch Institutionen, und sie sagen ganz klar: Ins Visier kann nur der geraten, der seine politischen Ziele mit Gewalt durchsetzen will. Alles andere sei nicht extremistisch, alles andere ginge diese Behörden nichts an.» Nicht nur in Sachen direkte Demokratie könne die Schweiz ein Vorbild sein, sondern auch in dieser Angelegenheit, so der Landesparlamentarier. Ironischerweise kreidete ihm der Verfassungsschutz genau diese Aussage an. Bei der Beurteilung ihrer Arbeit verstehen Nancy Faesers Spione keinen Spass.

Nicht erwähnen darf man laut Regierung auch das Phänomen einer neuen Republikflucht in die südlich gelegenen Alpenländer. Auf dem Index landete die sachlich korrekte und schon beinahe buchhalterisch harmlose Feststellung des AfD-Bundesverbands, dass neben der rekordhohen Zuwanderung auch viele abwanderten, nach Angaben des Statistischen Bundesamts aber vor allem Deutsche: «Junge, tatkräftige Leute, die es in die Schweiz, nach Österreich oder gleich in die USA zieht.»

Das geht nun wirklich nicht! Wenn Maulkörbe nicht reichen, müsste Berlin in Betracht ziehen, wieder einmal eine Mauer zu bauen.